



Das französische Rassemblement National befindet sich in einer paradoxen Lage. Noch nie war die Partei der Macht so nahe – und selten war zugleich unklarer, wer sie tatsächlich anführen wird. Während sich Frankreichs politische Mitte weiter erschöpft und die traditionellen Parteien der Linken wie der konservativen Rechten an struktureller Schwäche leiden, bereitet sich das Lager von Marine Le Pen bereits mit bemerkenswerter Disziplin auf die Präsidentschaftswahl 2027 vor. Doch im Zentrum dieser Vorbereitung steht nicht mehr allein die Frage des Wahlerfolgs. Entscheidend ist inzwischen die Fähigkeit, als glaubwürdige Regierungspartei wahrgenommen zu werden.

Diese Verschiebung markiert einen tiefgreifenden Wandel innerhalb des RN. Über Jahrzehnte definierte sich die Partei primär als Protestbewegung gegen Eliten, Globalisierung und europäische Integration. Heute versucht sie, den letzten Schritt vom Oppositionsphänomen zur potenziellen Staatspartei zu vollziehen. Gerade darin liegt die eigentliche strategische Herausforderung.

Der lange Marsch zur Normalisierung

Marine Le Pen hat die Transformation ihrer Partei seit der Übernahme des Front National im Jahr 2011 systematisch betrieben. Die sogenannte „Entdämonisierung“ zielte darauf ab, das Erbe ihres Vaters Jean-Marie Le Pen abzuschütteln und den RN in den institutionellen Rahmen der französischen Republik einzupassen. Antisemitische Provokationen verschwanden weitgehend aus dem öffentlichen Diskurs der Partei; stattdessen rückten Fragen des Alltags, der Kaufkraft und der sozialen Unsicherheit in den Vordergrund.

Dieser Kurs erwies sich politisch als erfolgreich. Bei der Präsidentschaftswahl 2022 erreichte Marine Le Pen im zweiten Wahlgang über 41 Prozent der Stimmen – ein historischer Höchstwert für die französische Rechtsaußenpartei. Gleichzeitig gelang dem RN der Durchbruch in der Nationalversammlung. Aus einer Partei des Protests wurde schrittweise eine Partei territorialer Verankerung.

Gerade diese lokale Verankerung verändert nun die politische Mechanik. Der RN verfügt heute über Bürgermeister, Regionalpolitiker und ein wachsendes Netz kommunaler Mandatsträger. Damit verliert eine frühere Achillesferse an Bedeutung: die Schwierigkeit, die notwendigen 500 Unterstützungsunterschriften für eine Präsidentschaftskandidatur zu erhalten. Die Partei betrachtet diese Hürde inzwischen nicht mehr als existenzielle Gefahr.



Regierungskompetenz statt Systemkritik

Innerhalb des RN scheint man erkannt zu haben, dass die politische Eroberung Frankreichs weniger an der Mobilisierung des eigenen Elektorats scheitern könnte als an den Zweifeln moderater Wähler. Deshalb konzentriert sich die programmatische Arbeit zunehmend auf Glaubwürdigkeit und administrative Ernsthaftigkeit.

Mehrere thematische Blöcke stehen bereits fest: Kaufkraft, innere Sicherheit, Migrationspolitik, wirtschaftliche Souveränität und Reindustrialisierung. Neu ist allerdings der Tonfall. Die Partei bemüht sich, weniger alarmistisch und stärker staatsmännisch aufzutreten. Besonders in wirtschaftspolitischen Fragen versucht der RN, frühere Unschärfen zu vermeiden.

Das betrifft vor allem die europäische Frage. Noch vor wenigen Jahren gehörte der Austritt aus dem Euro zum Kernbestand der Partei. Diese Position hatte Marine Le Pen im TV-Duell gegen Emmanuel Macron 2017 schwer beschädigt, weil ihre wirtschaftspolitischen Konzepte improvisiert und technisch unausgereift wirkten. Die Parteiführung zog daraus Lehren. Heute spricht der RN kaum noch über einen institutionellen Bruch mit der EU, sondern bevorzugt den Begriff der „Souveränität“ innerhalb europäischer Strukturen.

Auch sozialpolitisch sucht die Partei ein Gleichgewicht. Einerseits will sie ihre populären Schutzversprechen gegenüber Arbeitern, Angestellten und ländlichen Milieus aufrechterhalten. Andererseits versucht sie, wirtschaftsliberale und konservative Wählergruppen nicht abzuschrecken. Gerade diese Balance könnte 2027 entscheidend werden.

Marine Le Pen oder Jordan Bardella?

Über allem schwebt jedoch die juristische Unsicherheit um Marine Le Pen. Das Verfahren um die mutmaßliche Scheinbeschäftigung parlamentarischer Assistenten im Europäischen Parlament könnte erhebliche politische Folgen haben. Die für 2026 erwartete Berufungsentscheidung beeinflusst bereits heute die strategischen Planungen der Partei.

Offiziell bleibt Marine Le Pen die „natürliche Kandidatin“. Intern bereitet der RN jedoch parallel zwei Szenarien vor. Das erste ist die vierte Präsidentschaftskandidatur der Parteichefin selbst – ein Modell der Kontinuität. Das zweite Szenario wäre die Übergabe an Jordan Bardella, den jungen Parteivorsitzenden und gegenwärtig populärsten Politiker der französischen Rechten.



Diese doppelte Vorbereitung offenbart eine strukturelle Spannung. Marine Le Pen verkörpert weiterhin die soziale und protektionistische Linie des RN. Ihr Diskurs richtet sich stark an ökonomisch verletzbare Wählergruppen, an Arbeitnehmer in strukturschwachen Regionen und an jene Teile Frankreichs, die sich vom liberalen Globalisierungsmodell ausgeschlossen fühlen.

Jordan Bardella dagegen repräsentiert eine modernisierte Rechte mit stärker identitärer und teilweise wirtschaftsliberaler Akzentuierung. Sein Stil ist medial glatter, weniger konfrontativ und stärker auf urbane Mittelschichten zugeschnitten. Er spricht konservative Wähler an, die sich von den Republikanern entfremdet haben, aber lange Vorbehalte gegenüber dem RN hegen.

Gerade hierin liegt ein strategisches Risiko. Der RN bemüht sich zwar demonstrativ um Geschlossenheit, doch mittelfristig könnten unterschiedliche ideologische Schwerpunkte sichtbar werden. Die Partei muss verhindern, dass aus einer taktischen Doppelstrategie eine offene Nachfolgekonzurrenz entsteht.

Die Krise der politischen Mitte

Der Aufstieg des RN erklärt sich allerdings nicht allein aus seiner eigenen Professionalisierung. Ebenso entscheidend ist die Schwäche seiner Gegner. Emmanuel Macron hat zwar die französische Politik seit 2017 dominiert, aber keine stabile politische Nachfolgeorganisation aufgebaut. Das zentristische Lager wirkt zunehmend personalisiert und erschöpft.

Zugleich bleibt die traditionelle Rechte gespalten. Les Républicains kämpfen seit Jahren um ihre politische Identität zwischen liberal-konservativer Regierungsfähigkeit und nationalkonservativer Annäherung an den RN. Die Linke wiederum erscheint fragmentiert und strategisch orientierungslos.

In dieser Konstellation profitiert der RN von einem historischen Trend: der fortschreitenden Entkopplung zwischen kulturellen Eliten und Teilen der unteren sowie mittleren Bevölkerungsschichten. Fragen der Kaufkraft, Migration und öffentlichen Sicherheit besitzen in Frankreich mittlerweile eine politische Zentralität, die der Partei strukturell entgegenkommt.

Hinzu kommt ein europäischer Kontext. Rechtsnationale Parteien haben sich in vielen Ländern von anti-systemischen Bewegungen zu möglichen Regierungsakteuren entwickelt –



in Italien, den Niederlanden oder Teilen Skandinaviens. Der RN beobachtet diese Entwicklungen genau. Das Ziel besteht darin, den eigenen Machtanspruch als Teil einer größeren europäischen Normalisierung nationalkonservativer Parteien erscheinen zu lassen.

Die entscheidende Frage bleibt dennoch offen: Kann eine Partei, deren Identität jahrzehntelang auf Opposition beruhte, tatsächlich regieren, ohne ihren politischen Kern zu verlieren? Der RN nähert sich diesem Punkt schneller als erwartet. Doch je realistischer die Machtperspektive wird, desto stärker verschiebt sich die politische Debatte von der Empörung zur Verantwortung.

Die französische Präsidentschaftswahl 2027 könnte deshalb weniger ein klassischer Wahlkampf werden als ein Test auf institutionelle Reife. Nicht mehr die Protestfähigkeit des RN steht im Mittelpunkt, sondern seine Fähigkeit, Vertrauen in Stabilität, Verwaltungskompetenz und wirtschaftliche Berechenbarkeit zu erzeugen.

Dass ausgerechnet die juristische Zukunft Marine Le Pens darüber entscheiden könnte, welches Gesicht diese Transformation trägt, verleiht der kommenden Wahl eine besondere Dynamik. Frankreich erlebt damit möglicherweise bereits den Beginn einer vorgezogenen Nachfolge innerhalb jener politischen Kraft, die sich anschickt, erstmals die Fünfte Republik zu übernehmen.

Autor: P. Tiko